Privilegirte

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal
Morgens 8, und Abends 6 Uhr.
vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17½ Sgr.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin, Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben,
Krautmarkt No. 4. (1053.)
Redaktion und Expedition ebendaselbst.
Insertionspreis für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner Zeitung




No 84. Abend-Ausgabe. Sonnabend den 19. Februar 1859.

## Deutschland.

**Berlin**, 18. Februar. Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Vice-Präses des Verwaltungsrathes der Warschau-Wiener Eisenbahn, Grafen Alexander Przezdiecki zu Warschau den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem Ober-Staatsanwalt a. D. Sethe zu Potsdam den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, sowie dem Kreisgerichts-Boten und Exekutor Lottig zu Bunzlau und dem pensionirten Stall-Aufseher Heese zu Charlottenburg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den seitherigen Regierungs-Vice-Präsidenten Schede zu Koblenz zum Geheimen Ober-Regierungs-Rath und vortragenden Rath im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu ernennen.

**Berlin**, 18. Februar. Wir lesen in der Volkszeitung: Wenn wir den Blick auf das Herrenhaus und seine begonnene Opposition gegen das Ministerium richten, so kann es nur zum Zweck haben, uns gewisse Dinge wie sie sind anzuschauen, um hieraus zu lernen, wie die Dinge eigentlich sein sollten. Das Herrenhaus rühmt sich der unabhängigen Gesinnung, und in einem gewissen Sinne ist dies wahr. Es giebt kein Institut im Vaterlande, das so wenig mit dem Leben und Wesen des Staates im Zusammenhang steht, wie dieses. Ohne Wurzel in der Geschichte, ohne Zusammenhang mit dem Volke, ohne Einfluß auf Geist und Wirksamkeit unserer Zeit und gegenwärtig auch ohne bestimmende Wirksamkeit auf die Regierung ist dieses Institut so unabhängig, als ob es durch irgend einen Zauber in den Lüften schwebte, und eine kleine abgeschlossene Welt für sich ausmachte. — Zwar hat dieses Institut noch eine einzige Wurzel in einem Boden, der eigentlich die Grundlage unseres Staatslebens werden soll. Das Herrenhaus in der Leipzigerstraße steht — das läßt sich nicht in Abrede stellen — auch in der Verfassung, und die Verfassung — das ist wirklich wahr — hat seit den Tagen der Regentschaft im Herzen der Nation begonnen Wurzel zu fassen. — Aber nicht minder wahr ist die Thatsache, daß die Weisheit des Herrenhauses bereits bei der Einsetzung der Regentschaft dafür gesorgt hat, diese einzige Wurzel des Zusammenhanges auszugraben. Die Adresse, welche die Majorität damals unterschrieben, ist nur dadurch charakteristisch, daß sie jeden verfassungsmäßigen Ausdruck meidet, und somit ist es in gewissem Sinne ganz richtig, daß es sich frei nach allen Seiten fühlt, wie ein Meteor in der Luft; es genießt jene Unabhängigkeit, die alle Dinge zeigen, welchen jeder Anhang mit der Wirklichkeit fehlt. Und weil dem so ist, findet dies Institut auch seinen Schwerpunkt wie alle freien Gebilde nur in seiner eigenen lieben Existenz und indem es weiter nichts als eine Störung der Dinge versucht, die außerhalb seines hohen Standpunktes liegen, fühlt es sich in der eigenen Seele erwärmend angehaucht, sobald es die eigenen Interessen berührt.

— Es verlautet hier in einigen Kreisen, meldet die „Sp. Ztg.“ ohne Bürgschaft: daß Se. Maj. der Kaiser von Rußland, welcher seine erhabene Mutter auf ihrer nächsten Reise nach Deutschland selbst zu geleiten gedenke, zu Anfang des März in Berlin eintreffen und bei dieser Gelegenheit die Pathenstelle bei der Taufe des jüngsten Sprößlings unseres Königshauses persönlich übernehmen wird. Für diesen Fall sei es sehr wahrscheinlich, daß von den anderen erlauchten Taufzeugen JJ. MM. der Kaiser von Oesterreich, die Könige von Belgien und Hannover ebenfalls persönlich dem feierlichen Akte beiwohnen würden. Es würde dann auch das Erscheinen der hohen Eltern der Frau Prinzessin Friedrich Wilhelm wahrscheinlich werden.

— Der Publizist giebt folgende Uebersicht aus den hiesigen Konkursverhältnissen. Es sind seit Beginn der großen Handelskrisis im Spätherbst 1857 bis heute in Berlin überhaupt 230 Konkurse angemeldet. 169 Kaufleute und Handeltreibende, 30 Handwerker, 15 Fabrikanten, 7 Beamte und Titulare und 9 Andere, also ungefähr 6mal so viel Kaufleute als Handwerker.

**Berlin**, 18. Februar. Es wird bestätigt, daß das preußische Cirkular vom 12. Februar, indem es die Situation friedlich auffaßt und die Anstrengungen Preußens und Englands für die Erhaltung des Friedens hervorhebt, die Aktion Preußens als europäischer Großmacht reservirt und deutlich zu erkennen giebt, daß Preußen seine Verpflichtungen als Mitglied des deutschen Bundes erfüllen werde, aber außerhalb derselben für alle Eventualitäten der Zukunft keine bindende Engagements eingehen könne. Auf das österreichische Cirkular nimmt das preußische in direkter Weise jedenfalls nicht Bezug. Die Doppelwahl Couza's bestreitet Oesterreich, wie sich von selbst versteht, mit Eifer. Auch England und Preußen unterstützen die Türkei. Es ist hier aus London die wichtige Nachricht eingegangen, daß die Kronjuristen die Nichtübereinstimmung der Doppelwahl vom 5. Februar mit dem Vertrage vom 19. August 1858 anerkannt haben. Das in französischen Blättern erwähnte Memorandum der Pforte soll dieselbe der Konferenz selbst übergeben wollen. — Eine heute hier erschienene Brochüre „Napoleon III. und Preußen“, spricht sich gegen die französischen Plane aus und räth zu einem Bunde der Neutralen, an deren Spitze Preußen und England stehen sollen, um zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. (K. Z.)

— Der Komiker Levassor wirkte jüngst in einer der Vorstätte von Paris in einem Konzerte zum Besten der Armen mit. Nach dem Konzerte vereinigte der Pfarrer die mitwirkenden Künstler zu einem Dejeuner. Levassor fand unter seiner Serviette ein Osterei, aus welchem, als es zerbrach, 5 Napoleond'ors herausfielen. Ah! Hr. Pfarrer, sagte der Künstler lustig. Ah! Sie wissen, daß ich gerne gesottene Eier esse; aber Eines wissen Sie nicht, daß ich nur das „Weiße“ esse. Erlauben Sie mir, das „Gelbe“ Ihren Armen zu lassen.

— Ein französisches Journal veröffentlicht folgendes — wie es sagt, vorzügliches — Mittel gegen die Gicht, welches wir den an dieser Unbequemlichkeit leidenden Deutschen nicht vorenthalten dürfen. Es besteht in Fußbädern mit Wasser, in welchem man Eschenblüthe mit Holunderblüthe vermischt, drei Stunden lang kochen ließ. Nach zwei, höchstens vier Tagen verschwindet die Gicht vollständig.

— In neuerer Zeit sind viele Schätzungen versucht und zahlreiche Arbeiten geliefert worden über die wahrscheinliche Totalbevölkerung der ganzen Erde. Herr C. F. W. Dieterici hat es nun unternommen, eine ganz neue Bearbeitung dieses Gegenstandes auszuführen. Seine Aufsätze erörterten in drei Abschnitten: die Bevölkerung der Erde nach ihren Totalsummen, nach ihren Racen-Verschiedenheiten und nach ihren Glaubensbekenntnissen. Das Hauptresultat, die Totalbevölkerung der Erde, stellt sich hiernach auf 1288 Millionen Menschen, und es gehören davon in runder Zahl: 522 Millionen zur mongolischen Race, 369 Millionen zur kaukasischen Race, 200 Millionen zur malayischen Race, 196 zur äthiopischen Race und 1 Million zur amerikanischen Race. Nach den Glaubensbekenntnissen gehören: 335 Millionen zur christlichen Religion, 5 Millionen zum Judenthum, 600 Millionen zur asiatischen Religion, 160 Mill. zum Muhamedanismus, 200 Millionen zum Heidenthum.

**Berlin**, 18. Februar. (Siebente Sitzung des Herrenhauses) Beginn der Sitzung 12¼ Uhr. Präsident: Prinz Hohenlohe. Am Ministertische: Fürst Hohenzollern, Freiherr v. Patow, Graf Pückler und ein Regierungs-Kommissar.

Der Gesetzentwurf, betreffend einige Abänderungen des Reallasten-Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 wird in der Schlußredaktion der Kommission ohne Diskussion angenommen und geht jetzt an das Abgeordnetenhaus.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung über den Entwurf einer Fischereiordnung für Pommern. Die Kommission hat einige unwesentliche Abänderungen des Regierungsentwurfs beantragt. Der Berichterstatter Hering befürwortet die Annahme.

Zu §. 27 hat die Kommission ein Amendement dahin gestellt: „Die Fischerei in Rohrkämpen auch außerhalb der Laichzeit ist verboten.“ Der Regierungsentwurf dagegen will in Rohrkämpen nur die Fischerei mit anderen Zeugen als Staaknetzen verbieten. Für das Amendement spricht Herr v. Plötz. Die Annahme des Amendements sei mit Rücksicht auf das Landeskulturinteresse und den Schutz der Rohrpflanzungen, auch schon deshalb, weil der pommersche Provinziallandtag sich ebenfalls dafür ausgesprochen habe, zu empfehlen. Gegen das Amendement erklären sich Graf Voß-Buch, Hasselbach, der es bedenklich findet, in einem Gesetz wesentlich polizeilichen Inhalts erhebliche Privatrechte zu beschränken. Graf Hoverden: Eine Aenderung der Fischereiordnung bei diesem Punkte könne nur aus zwei Gründen rathsam sein, einmal, wenn ein überwiegendes Interesse der Landeskultur die Aenderung fordert, und zweitens, wenn festgestellt wird, daß das Interesse der Rohrnutzung das der Fischereinutzung erheblich übersteigt. So lange dies nicht festgestellt sei, müsse die Aenderung abgelehnt werden. Es handle sich um erhebliche Privatrechte, die höchstens im Wege der Ablösung aufgehoben werden dürften. Der Minister Graf Pückler gegen das Amendement. Die Annahme desselben bedrohe einen nicht unbedeutenden Gewerbszweig, die Fischerei, deren Ertrag nach einem Gutachten des Oberfischmeisters auf eine halbe Million Thlr. zu veranschlagen sei. Auch sei die Fischerei mit Staaknetzen der Rohrkultur nicht nachtheilig. Man möge erhebliche Privatrechte nicht, wie durch das (Jagd-) Gesetz vom 31. Oktober 1848 geschehen, ohne Entschädigung aufheben. — Nachdem noch Graf Rittberg gegen das Amendement gesprochen, und der Berichterstatter Hering ausgeführt, das Amendement gehe noch weiter als der Provinzial-Landtag, wird das Amendement noch mit großer Majorität abgelehnt und die Bestimmung des Regierungs-Entwurfs angenommen. Sonst sind Abänderungen des Regierungs-Entwurfs nicht beantragt.

Zum Eingang des Gesetzes ist von Herrn v. Plötz beantragt, nach den Worten: „Wir 2c. verordnen“ hinzuzufügen: „nach Anhörung des Provinzial-Landtages des Herzogthums Pommern und des Fürstenthums Rügen.“ Nachdem Herr v. Plötz die Annahme dieses Zusatzes befürwortet, und der Minister Graf Pückler im Namen der Regierung sich damit einverstanden erklärt hat, wird das Amendement mit großer Majorität (dagegen Graf Hoverden) und schließlich der ganze Gesetz-Entwurf angenommen. Derselbe geht nunmehr an das Abgeordnetenhaus.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Herrn v. Meding und der zweite Bericht der Petitions-Kommission.

**Danzig**, 18. Februar. In Betreff der Indienststellung Sr. Maj. Kriegsschiffe erfahren wir Folgendes: Es soll in der Absicht der königl. Admiralität liegen, in diesem Jahre sämmtliche Schiffe, mit Ausnahme der Dampfkorvette „Danzig“, in Dienst zu stellen. Die Fregatte „Thetis“, Korvette „Arcona“ und Schooner „Frauenlob“ sollen eine Expedition antreten, welche ca. 3 Jahre in Anspruch nehmen wird. Die Fregatte „Gefion“ ist am 20. Dezember v. J. von Madeira abgegangen und am 18. Januar c. in British Town auf Barbados angekommen. Es wurde beabsichtigt, am 26. Januar in Martinique zu sein und dann nach St. Domingo abzugehen. Am Bord ist Alles wohl. Die Korvette „Amazone“ soll zur Ausbildung der jungen See- und Volontair-Kadetten eine die Sommermonate umfassende Reise unternehmen, dagegen das Transportschiff „Merkur“, welches zur Ausbildung der Schiffsjungen dient, an den Moolen liegen bleiben. Um die junge Besatzung desselben auch auf See auszubilden, dazu wird der Schooner „Hela“ benutzt werden. Endlich soll der Dampf-Aviso „Grille“ seeklar gemacht werden, um beim Eintreffen bezüglicher Ordres sofort in See zu gehen. (D. D.)

**Königsberg**, 16. Februar. In der gestrigen Sitzung der Kriminal-Deputation des hiesigen Königl. Stadtgerichts kam die Anklage gegen die in Kiel erschienene, hier und an andern Orten mit Beschlag belegte Brochüre „Eine politische Todtenschau“ zur Verhandlung. Es hat nur der Antrag auf Vernichtung gestellt werden können, weil der Verfasser der Schrift nicht ermittelt worden ist und es auch sonst an einer verantwortlichen Person im Bereiche der richterlichen Gewalt fehlt. Die Anklage behauptet, daß die ganze Tendenz der Schrift strafbar sei, zieht zum Beweise der Behauptung einige Stellen heraus (welche jedoch nicht speziell in der Audienz verlesen, sondern nur mit „von“ „bis“ bezeichnet wurden) die gegen die Strafgesetze §. 101 und §. 102 des Strafgesetzbuches verstoßen, und beantragte schon aus technischen Gründen die ganze Vernichtung der Schrift auszusprechen, weil, wenn die inkriminirten Stellen aus derselben entfernt würden, dieselbe aufhörte ein Buch zu sein. Von den Personen, bei welchen die Beschlagnahme der qu. Schrift erfolgt ist, war Niemand, trotz erfolgter Vorladung, in der Sitzung erschienen. Eine Vorlesung der inkriminirten Stellen wurde für unnöthig erklärt, da die Schrift in Cirkulation bei den Mitgliedern des Gerichtshofes gewesen ist. Derselbe zog sich deshalb zur Berathung zurück und verkündete sein Urtel dahin, daß in mehren Stellen der Schrift der Thatbestand einer strafbaren Handlung enthalten sei: namentlich sind es die Fol. 7 im Vorwort 36, 41, 44 und 48 bezeichneten und kurz vorgetragenen Stellen, welche gegen den §. 101 des Strafgesetzbuches („öffentliche Schmähungen oder Verhöhnungen der Einrichtungen des Staats 2c.“) und die Fol. 51, 53 und 69, welche gegen den § 102 des Strafgesetzbuches (Beleidigung öffentlicher Beamten) verstoßen. Der Gerichtshof führt aus, wie es in Frage gestellt gewesen ist, ob er sich in der Lage befinde, auf Vernichtung der ganzen Schrift zu erkennen; das hat jedoch nicht geschehen können, weil dazu erst über den Hauptinhalt der Schrift und erst nach Erhebung einer Beweisaufnahme entschieden werden müßte, zu deren Erhebung sich der Gerichtshof ex officio nicht berechtigt glaubt. Es wurde deshalb nur auf Vernichtung der inkriminirten gesetzwidrigen Stellen der Schrift und desjenigen Theils der Platten und Formen erkannt, auf welchen sich die Stellen befinden. Nach der Anklageschrift ist die Broschüre hier in 65, in Danzig in 25 und in Tilsit in 4 Exemplaren mit Beschlag belegt worden. (K. H. Z.)

**Leipzig**, 16. Februar. Nach längerer Krankheit ist Se. Durchlaucht Fürst Otto Victor von Schönburg-Waldenburg heute Vormittags 10¾ Uhr hier verschieden. Se. Durchlaucht war geboren am 1. März 1785. (N. Pr. Z.)

**München**, 16. Februar. Aus der Debatte des gestrigen Tages im Schooße der Kammer der Abgeordneten heben

wir zwei Reden hervor, welche die Standpunkte des Ministeriums und der Opposition gegenwärtig bezeichnen. Der Hauptführer der Opposition war Frhr. v. Lerchenfeld.

Die Annahme des Völk'schen Antrages im gegenwärtigen Moment, sagte er, könnte zu der Meinung verleiten, als wolle man eine indirekte Hinausrückung der Gesetzesrevision; dazu habe aber das Land seine Vertreter nicht hierhergeschickt, vielmehr um gegen den Abbruch der Gesetze entschiedene Verwahrung einzulegen. Das Ministerium wolle ein Polizeistrafgesetz, das es nie durchsetzen könne und werde, so lange es eine Kammer und eine Verfassung gebe. Sogar die hannoversche Kammer habe den Gesetzentwurf, durch welchen die Judikatur der Polizei zurückgegeben werden soll, mit großer Majorität verworfen. Die Spaltung zwischen Volksvertretung und Regierung bestehe jedoch nicht erst seit dem Abbruch der Gesetzgebung; man blicke nur auf das gestern mitgetheilte ministerielle Programm von 1849 und das heutige Verwaltungssystem. Redner entwickelt die Geschichte der Landtage und der Gesetzgebungsausschüsse in den letzten Jahren und die dadurch entstandene Kluft. Die Kammerauflösung vom Jahre 1858 sei schon die zweite Appellation an das Land, das sich zum zweiten Male gegen das Ministerium ausgesprochen habe. Die Spaltung sei so groß, daß die Kammer nicht darüber hinweg kommen könne und das Ministerium auch nicht, es müßte denn seine ganze Vergangenheit aufgeben. Was nun thun? Er wolle abwarten: Gott habe die Deutschen nie verlassen; Redner werde zu keiner partiellen Gesetzgebung mehr ja sagen, keinen Antrag ferner an ein Ministerium stellen, zu welchem er wenigstens kein Vertrauen habe.

Hiermit war der Bruch zwischen Ministerium und Volksvertretung auf das Entschiedenste, und zwar von einem der bedeutendsten Mitglieder der Versammlung, ausgesprochen. Der Minister-Präsident Freiherr v. d. Pfordten nahm den hingeworfenen Fehdehandschuh auf. Seine Rede bildete, besonders zum Schluß, das Programm der Regierung. Was den angeregten Personenwechsel in der Verwaltung betreffe, so bemerkt Redner, daß die Stellung der Minister in Baiern nicht ein Recht in sich schließt, worauf man verzichten könne, sondern amtlichen Beruf und Pflicht, von welchen sie nur Ein Wille entbinden könne. „So lange dies nicht geschieht — fährt der Redner mit Nachdruck fort — werden die Minister in gewissenhafter Erfüllung ausharren, eingedenk ihres Eides und ihrer Treue gegen den König. Dies Bewußtsein kräftigt sie auch, den Angriffen gegenüber, an denen es wahrlich nicht fehlt."

Indem die Versammlung mit großer Majorität die Anträge von Nar und Völk verwarf, wurde es ausgesprochen, daß man dem Gesetzwerke nicht durch Fragmente vorgreifen wolle. Die Schlußsätze in der Rede des Ministerpräsidenten, in welchen Herr v. d. Pfordten betonte, daß nur Ein Wille die Minister von ihrem Amte entbinden könnte, erfahren bereits in dem „N. C." eine scharfe Kritik. „Ohne uns irgendwie eine Einwirkung auf die Entschließungen eines Ministers anzumaßen — heißt es in dem genannten Blatte — glauben wir doch die Bemerkung nicht zurückhalten zu dürfen, daß die Schlußerklärung des Herrn Ministerpräsidenten mit dem Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht wohl in Einklang zu stehen scheint. Dieselbe Erklärung, und fast in den nämlichen Ausdrücken, ist zu wiederholten Malen in der preußischen II. Kammer aus dem Munde des Herrn v. Manteuffel vernommen worden; aber Preußen hatte, und hat noch heute kein Ministerverantwortlichkeitsgesetz. In dem Gesetz, welches in Baiern über diese Materie besteht, ist in Artikel 1 ausgesprochen, daß Niemand zur Annahme eines Ministeriums verflichtet sei, und Artikel 3 bestimmt, unter welcher Voraussetzung die erbetene Entlassung nicht verweigert werden kann. Wenn die Fortführung eines Portefeuilles als eine absolute Pflicht, der als Korrelat kein entsprechendes Recht gegenüberstehe, als ein bloßer Triumph des leidenden Gehorsams aufgefaßt, und wenn andererseits, wie es in der „N. Münch. Ztg." geschehen ist, die Verantwortlichkeit für die Regierungshandlungen der unverletzlichen Krone zugeschoben wird, so schwindet durch die Kombination dieser beiden Doktrinen nicht bloß der Ministerverantwortlichkeit, sondern der ganzen konstitutionellen Regierungsform, der deutschen so gut wie der englischen, der Boden unter den Füßen."

**Stuttgart**, 14. Februar. Wir haben kürzlich das im im „Würt. Staatsanzeiger" enthaltene Dementi der Gerüchte über Beschwerden mitgetheilt, welche der französische Gesandte bei der hiesigen Regierung in Betreff der Haltung der Presse erhoben haben sollte. Wie das „Fr. J." nunmehr aus guter Quelle erfährt, ist es allerdings richtig, daß der französische Gesandte nicht bei unserer Regierung Beschwerde erhoben hat, dagegen soll er sich bei einer untergeordneten, die Presse zunächst überwachenden Behörde über die den Kriegstendenzen Ludwig Napoleons wenig günstige Anschauungsweise unserer Zeitungen beklagt haben. Daher die letzten Beschlagnahmen des Beobachters, die wegen Artikel erfolgt sind, welche in andern deutschen Staaten unangefochten im Publikum die Runde machten. Andererseits verlautet, daß unser König in Nizza über die antifranzösische Haltung der deutschen Presse seine hohe Befriedigung zu erkennen gegeben und den Behörden die Weisung habe zukommen lassen, sie möchten den hiesigen Zeitungen in jener Richtung die vollste Freiheit gewähren.

## Oesterreich.

**Wien**, 17. Januar. Der „K. Z." schreibt man: Rücksichtlich der Verhandlungen über die Mißverwaltung in Mittel-Italien bestätigt es sich, daß dieselben keinen befriedigenden Verlauf nehmen. Von Seiten Frankreichs wird auf die Erledigung der Reformfrage ein eben so großes Gewicht gelegt, wie auf die Okkupationsfrage. Das österreichische Kabinet hat sich jedoch bis jetzt nur bereit erklärt, über die Okkupationsfrage in Unterhandlung zu treten, und ist in die französischerseits kundgegebenen Wünsche rücksichtlich der im Kirchenstaate einzuführenden Reformen nicht eingegangen. Man hält hier die Einführung von Reformen im Römischen für dringend nothwendig und hat diesen Wunsch auch bereits zu wiederholten Malen in Rom kundgegeben, bestimmte Vorschläge hat man jedoch nicht aufgestellt und wird sie auch nicht aufstellen; Frankreich hingegen hat solche Vorschläge gemacht und will, daß sie von Oesterreich unterstützt werden. Dieselben sollen, wie man vernimmt, auf jenen Grundsätzen basiren, welche in dem bekannten Briefe des Präsidenten Edgar Ney enthalten waren.

## Schweiz.

**Zürich**, 13. Februar. Heute war einer der größten Kirchgänge (Leichenbegängniß), welchen wohl jemals Zürich gesehen hat. Es geleitete nicht bloß seinen ältesten, sondern auch einen seiner edelsten Bürger, den „Veteran der Veteranen", Generalmajor Ziegler, welcher in voller Rüstigkeit sein 91stes Altersjahr erreicht hatte, zu Grabe.

## Italien.

**Turin**, 17. Februar. Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung des Anleihegesetz mit 59 gegen 7 Stimmen angenommen. In der vorangegangenen Debatte hatte sich Brignole gegen die Politik der Regierung ausgesprochen. Als Erwiderung auf dessen Rede hob Graf Cavour das vertragswidrige Benehmen Oesterreichs hervor und stellte es als die Pflicht Piemonts hin, thatsächlich dagegen zu protestiren. Graf Cavour sagte, daß die italienischen Fürsten, welche fremde Truppen zur Okkupation ihres Landes beriefen oder eine solche auch nur zugestanden, einen völkerrechtlichen Grundsatz verletzt haben: ein Herrscher dürfe die Unabhängigkeit seines Landes freiwillig nicht aufgeben. Aus solchen Verhältnissen seien für Piemont Gefahren erwachsen, und ohne tiefgreifende Verbesserungen der italienischen Zustände sei eine Beruhigung unmöglich. Die Regierung Piemonts halte es für Pflicht, alle ihr zustehenden Mittel zur Erreichung dieses Zweckes anzuwenden.

## Frankreich.

**Paris**, 16. Februar. Die „Presse" hat wegen eines in ihrem gestrigen Blatte enthaltenen Artikels unter dem Titel: „Die italienische Krisis", eine Verwarnung erhalten. In den Gründen heißt es, eine solche Polemik sei geeignet, die Gemüther mit grundlosen Beunruhigungen zu erfüllen. — (Eine hübsche Komödie!)

**Paris**, 17. Februar. Die Patrie bringt heute einen längeren, halboffiziellen Artikel, in welchem sie sich wieder bemüht, zu beweisen, daß Frankreich keineswegs so friedlich gesinnt sei, als man im Auslande glauben machen wolle, und daß es nicht eine jede Politik zurückweise, die den Krieg in ihrem Gefolge mit sich führen könnte.

— Der „Nord" erklärt alle Gerüchte über eine bevorstehende französische Anleihe von 450 Millionen für unbegründet, da man bis jetzt weder an diese Summe, noch an eine Anleihe überhaupt gedacht habe.

— Der verjagte „Kaiser" von Hayti, Soulouque, soll Frankreich um gastliche Aufnahme ersuchen wollen. Da er „eine gewisse Anzahl von Millionen in Sicherheit gebracht hat", so darf er, wie der „Nord" meint, darauf rechnen, daß Paris die dem Mißgeschicke schuldige Achtung ihm nicht versagen wird.

## Großbritannien und Irland.

**London**, 16. Februar. Der Wahlkampf in Greenwich hat zu Gunsten Alderman Salomons geendet. Für ihn stimmten 3262, für Mr. Angerstein 2417; Majorität für Salomons 845. — In Hythe (nahe an Folkestone und Dover — einer der cinque ports) ist gestern ebenfalls ein jüdischer Kandidat, der Baron Meyer Rothschild, ins Unterhaus gewählt worden. Es war kein Gegenkandidat aufgetreten.

**London**, 17. Februar. In der so eben stattgehabten Sitzung des Unterhauses erklärte Disraeli auf eine desfallsige Interpellation Crawfords, daß die Präliminarien mit Oesterreich in Betreff der Indischen Telegraphenlinie zwar geordnet, eine Konvention aber noch nicht abgeschlossen sei; England werde eine Garantie nur bedingungsweise zugestehen. — Im Oberhause lehnte Lord Derby einstweilen die Diskussion in Betreff Russellscher Reformvorschläge ab. (W. T. B.)

## Ostindien.

— Die schon kurz erwähnten Berichte der neuesten Ueberlandspost sind in einer Depesche des Konsuls Green enthalten, die also lautet:

**Alexandrien**, 11. Februar. Das Dampfschiff „Northern" von Alexandrien ist am 8. d. M. in Suez angelangt. Das Bombay-Datum ist der 25. Januar. Die Rebellion in Audh ist vollständig unterdrückt. — Brigadier Showers erreichte mit einer Kolonne von Agra aus die Rebellen unter Tantia Topih bei Boscha am 16. Januar, nachdem er 94 Miles in drei Tagen marschirt war. Er schlug und zersprengte die Rebellen und tödtete ihnen ungefähr 300. Drei Häuplinge blieben auf dem Wahlplatze und ein anderer, auf einem Elephanten, wurde von Lieutenant Hadfield von der berittenen Polizei von Agra eingeholt und getödtet. An demselben Tage ging ein Rebellenhaufen über den Fluß Sarlah und fiel in Rohilkand ein, wurde aber zurückgetrieben. Der neueste Bericht aus Allahabad ist folgender: Am 18. Januar, 7 Uhr 23 Minuten Abends. Der Kommissair von Rohilkand meldet, daß die Rebellen, welche zwischen 20,000 und 30,000 Mann zählten, mit großem Verlust geschlagen und über den Sartheas (Sarlah?) zurückgetrieben worden sind; ihre Geschütze wurden erbeutet und Nurput Singh von Ruhza und Benih Singh getödtet.

## Provinzielles.

☉ **Stargard**, 16. Januar. Wie schon bekannt, versagte die Königl. Regierung die Bestätigung des von unseren Stadtverordneten einstimmig wiedergewählten Syndikus Mandel und verfügte gleichzeitig, daß die Stadt, gegen den Willen des Magistrats und der Stadtverordneten, den Oberbürgermeister Delsa eine Gehaltszulage von 300 Thlr. geben solle. Da der Syndikus ein durchaus brauchbarer Beamter ist, der seinem Amte noch 20—30 Jahre vorstehen kann, dabei das vollständige Vertrauen der Bürgerschaft genießt, was schon aus seiner einstimmig erfolgten Wiederwahl hervorgeht, auch der Stadt durch seine Pensionirung eine jährliche Ausgabe von 500 Thlr. erwächst, so beschlossen die städtischen Behörden, sowohl gegen die Nichtbestätigung, wie gegen die oktroirte Gehaltserhöhung, den Weg der Beschwerde zu ergreifen, und zwar zunächst den Oberpräsidenten von Senfft-Pilsach um die Aufhebung genannter Verfügungen zu bitten. Von demselben wurden die Regierungsverfügungen, und zwar die erstere ohne Angabe von Gründen und die zweite mit der Bemerkung daß die Theuerungsverhältnisse eine Gehaltszulage von 1200 auf 1500 für den Oberbürgermeister der Stadt Stargard erforderten, bestätigt. Außerdem bemerkte der Herr Oberpräsident: „daß er es sehr undankbar von den städtischen Behörden fände, daß sie, in Anbetracht der vielen Wohlthaten, welche er der Stadt Stargard hätte zufließen lassen, überhaupt noch den Beschwerdeweg gegen Regierungsverfügungen ergriffen." —

Die städtischen Behörden beschlossen dagegen in beiden Körpern, die Beschwerde bei dem Herrn Minister des Innern fortzusetzen. Leider geschah dies noch zur Zeit des Ministers von Westphalen. Beim Wechsel des Ministeriums war indeß der ausgefertigte Bescheid auf unsere Beschwerde noch nicht unterzeichnet, und gab sich unsere Bürgerschaft den besten Hoffnungen auf eine günstige Entscheidung hin. Eine der ersten Unterzeichnungen des Ministers Flottwell zertrümmerte aber diese Hoffnungen und es blieb uns nun nur noch übrig, die Beschwerde vor Se. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten zu bringen.

Die Stadtverordneten fertigten dieselbe aus und deputirten 3 Mitglieder nach Berlin; der Magistrat schloß sich an, und ordnete ebenfalls ein Mitglied ab. Außerdem sollte eine Deputation der Bürgerschaft eine mit nahe an 500 Unterschriften der angesehensten Bürger der Stadt versehene Bittschrift, worin um gründliche Untersuchung genannter Angelegenheit gebeten wird, überreichen.

Am 10ten d. reiste die Deputation nach Berlin, wurde indeß durch Umstände verhindert, eine persönliche Audienz bei Sr. königl. Hoheit dem Prinz-Regenten zu erlangen und legte demzufolge ihren Auftrag in die Hände des Ministers von Auerswaldt, welcher derselben das Versprechen gab, die Beschwerde baldmöglichst höchsten Orts zum Vortrag zu bringen.

Mit der größten Spannung sehen die Bewohner Stargards jetzt der allerhöchsten Entscheidung entgegen.

☆ **Neuwarp**, 18. Februar. In meiner Korrespondenz vom 15. in Nr. 78 dieser Zeitung befindet sich in der 7. Zeile von unten ein Druckfehler. Es heißt dort: „daß sie als der Anhang 2c.", während es heißen soll: „daß sie als der Anfang 2c."

## Stettiner Nachrichten.

** **Stettin**, 18 Februar. Gestern Morgen wurde auf der Eisenbahn zwischen Finkenwalde und hier ein Arbeiter durch die von Stargard zurückkehrende Lokomotive übergefahren. Derselbe war im Begriff gewesen, zu seiner Arbeit auf der Bahn sich zu begeben, wurde aber durch den heftigen Wind und Regen verhindert, die nachkommende Maschine zu hören, und aus demselben Grunde von dem Lokomotivführer nicht bemerkt. Von der Maschine erfaßt, wurde er unter dieselbe geworfen und erlitt mehrere sehr schwere Verletzungen, welche sein Leben ernstlich gefährden. Indessen lebte er gestern Abend noch.

** Der Landschaftsmaler Frank hierselbst hat ein Panorama der Stadt Stettin aufgenommen, wie es von dem Wellmann'schen Hause auf der Lastadie zunächst der langen Brücke sich dem Beobachter präsentirt. Der Standpunkt ist vortrefflich gewählt und die Zeichnung korrekt und treu nach der Natur bis in die Details. Die lithographische Anstalt in Berlin hat das Bild sehr sauber lithographirt, so daß wir demselben vor allen bisher erschienenen Panoramen unserer guten Stadt unbedingt den Vorzug geben. Der Subskriptionspreis des Exemplars ist auf $1\frac{1}{2}$ Thlr. festgesetzt und nach diesem billigen Preise zu wünschen, daß dem Maler durch zahlreiche Unterschriften der Lohn für seine Mühe zu Theil werden möge.

* **Stettin**, 19. Februar. Während es kein Geheimniß ist, daß die Staatsregierung entschlossen ist, theilweise mit Rücksicht auf die üble Lage des Geldmarktes, in der nächsten Zeit mit der Konzessionirung neuer Eisenbahn-Unternehmungen möglichst zurückzuhalten, mehren sich die Anträge auf Genehmigungen neuer Bahn-Linien im Hause der Abgeordneten in einer Weise, daß es den Anschein gewinnt, als ob die Herren Abgeordneten sich für verpflichtet hielten, den Wünschen ihrer respektiven Wahlkreise auch ohne genaue Würdigung der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit derselben Ausdruck zu geben. So eben ist erst wieder von den Herren v. Weiher, v. Estorff und Grüttner ein Antrag auf Bau einer Bahn von Belgard nach Schneidemühl eingebracht worden. Es wird interessant sein, abzuwarten, welche weiteren derartigen Anträge noch werden gestellt werden.

* An Stelle des bisherigen nordamerikanischen Konsuls Glantz, welcher von diesem Posten zurückgetreten, ist der Kaufmann Rudolph F. Schillow, Bürger der Vereinigten Staaten, zum nordamerikanischen Konsul in Stettin ernannt, und zu dieser Ernennung das diesseitige Exequatur ertheilt worden.

* Nach einer Nachricht der B. B.-Z. wird die „Neue Dampfer-Kompagnie" ihren Aktionairen pro 1858 eine Dividende von $6\frac{2}{3}$ Thlr. per Aktie zahlen, was also noch $\frac{5}{12}$ Thlr. mehr wäre als für das Jahr vorher.

* Der Regierungsrath Zitelmann ist bekanntlich von seinen Funktionen in Frankfurt a. M. abberufen worden. Wie die „Leipziger Ztg." hört, würde derselbe Herrn v. Bismarck-Schönhausen, den neu ernannten Gesandten Preußens am russischen Hofe, nach Petersburg begleiten.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 19. Februar Witterung: veränderlich bei leichtem Frost und Schneefall. Temperatur — $1^0$. Wind NNW.

Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 10 Wspl. Weizen, 10 Wspl. Roggen, 2 Wspl. Gerste, 8 Wspl. Hafer, — Wspl. Erbsen, — Rübsen. Bezahlt wurde für: Weizen 52—61 Rt., Roggen 45—49 Rt., Gerste 32—35 Rt., Erbsen — — Rt. pr. 25 Schffl., Hafer 29—32 Rt. pr. 26 Schffl. Rübsen — Rt.

Stroh pr. Schock 8—9 Rt., Heu pr. Ctr. 20—25 Sgr.

An der Börse:

Weizen fester, geringer gelber neuer 55 Rt. pr. 85pfd. bez., pr. Frühjahr 83.85pfd. 62 Rt. bez. u. Gd., 85pfd $64\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Roggen höher bezahlt, loco ohne Umsatz, pr. Frühj. $43\frac{3}{4}$ Rt. bez., $43\frac{7}{8}$ Gd., 44 Br., Mai-Juni $44\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli 45, $45\frac{1}{4}$ Rt. bez., 45 Br., Juli-August $45\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Gerste loco gr. pomm. pr. 70 pfd. $37\frac{1}{2}$ Rt. bez.

Hafer loco schwerer 54pfd. dänischer pr. 50pfd. $33\frac{3}{4}$ Rt. bez.

Rüböl fester, loco $14\frac{11}{12}$ Rt. bez., 15 Br., pr. Februar $14\frac{5}{6}$ Rt. Br., $14\frac{11}{12}$ Br., pr. April-Mai $14\frac{2}{3}$ Rt. Gd., $14\frac{3}{4}$ Br., pr. Sept.-Oktober 14 Rt. bez. u. Br.

Leinöl loco incl. Faß $12\frac{1}{3}$ Rt. Br.

Spiritus behauptet, loco ohne Faß $19\frac{1}{8}$, 19 % bez., pr. Febr.-März $18\frac{7}{8}$ % Gd., pr. Frühjahr $18\frac{1}{2}$ % bez. u. Gd., pr. Mai-Juni $18\frac{1}{4}$ % bez. u. Gd., $18\frac{1}{8}$ Br., pr. Juni-Juli $17\frac{3}{4}$ % bez. und Br., pr. Juli-August $17\frac{1}{4}$ % bez. u. Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:

**Berlin**, 19. Februar, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldscheine $84\frac{3}{4}$ bez. Prämien-Anleihe $3\frac{1}{2}$ pCt. $115\frac{1}{2}$ bez. Berlin-Stettiner 105 Br. Stargard-Posener 85 Br. Köln-Mindener $134\frac{1}{2}$ Br. Diskonto-Kommandit-Antheile $97\frac{1}{4}$ bez. Französ.-Oesterr. St.-E.-A. — Br. Hamburg 2 Mt. $151\frac{1}{4}$ bez. London 3 Mt. 6 $21\frac{1}{4}$ bez.

Roggen pr. Februar-März 46, $46\frac{1}{4}$ bez., pr. Frühjahr 46 bez., $45\frac{7}{8}$ Br., pr. Mai-Juni $46\frac{1}{4}$ bez., 46 Gd.

Rüböl loco $15\frac{3}{8}$ Gd., pr. Februar $15\frac{1}{3}$ Br., $\frac{1}{4}$ Gd., pr. Februar-März 15 Gd., pr. April-Mai $14\frac{11}{12}$, $\frac{7}{8}$ bez.

Spiritus loco $19\frac{5}{6}$ bez., pr. Febr.-März $19\frac{5}{6}$ bez., $\frac{7}{8}$ Br., pr. April-Mai $20\frac{1}{4}$, $\frac{1}{6}$ bez., pr. Mai-Juni $20\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ bez.

**Amsterdam**, 18. Februar. Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen gedörrter 2 fl. niedriger. Raps $77\frac{1}{2}$, April 77, Oktober $70\frac{1}{2}$. Rüböl pr. Mai $42\frac{1}{4}$, Herbst $39\frac{3}{4}$.

**London**, 18. Februar. Getreidemarkt fortwährend ruhig, Preise gegen vergangenen Montag unverändert.

## Wasserstand.

**Breslau**, 18. Febr. Oberpegel: 14 F. 4 Z. Unterpegel: 2 F. 3 Z.

Verantwortlicher Redakteur H. Schönert in Stettin. — Druck und Verlag von A. H. G. Effenbart in Stettin.